

Kommentar Blick auf das Stammtisch- Barometer



DORIS QUADERER

Am Maurer Café-Matt-Stamm sei die Meinung schon gemacht, sagte mir jüngst ein Bekannter. Die Initiative «Familie und Beruf» werde hochkant abgelehnt - dies, obwohl der Wirtschaftskammerpräsident Nöldi Matt am Stammtisch versucht habe, das Blatt noch zu wenden. Stammtische sind ja oft Abstimmungskindkatoren, die Wirtschaftskammer dürfte also einen schweren Stand haben. Nun gut, die Initiative löst beileibe nicht alle Probleme, mit denen Familien zu kämpfen haben, wenn beide Elternteile berufstätig sind - und das ist immerhin bei fast zwei Drittel der Familien der Fall. Aber sie löst schon mal zwei Probleme: Einerseits das Problem, dass Betriebe mit hohem Frauenanteil steigende Taggeldprämien zu befürchten haben und andererseits das Problem der chronisch knappen und ungleich subventionierten Kita-Plätze.

Wo sind die Gegenvorschläge?

Die Gegner der Initiative machen es sich einfach. Sie finden sie diskriminierend und unfair, aber wo sind die Gegenvorschläge? Hoi DU, habt ihr einen? Dort liegt nämlich der Hase im Pfeffer. Viele Vorstösse sind in den letzten Jahren schon im Keim erstickt worden. Erinnern wir uns zum Beispiel an das Familiengeld, das die FPB-Regierung im Jahr 2008 in den Landtag gebracht hatte und von der Regierung Tschüscher final beerdigt wurde. Damals hiess es, dass es keinen Sinn mache, Geld an alle mit der Giesskanne zu verteilen. Heute heisst es, dass es diskriminierend sei, nur die Kitas zu fördern.

Destruktive Diskussion

Ich finde es daneben, dass in der aktuellen Diskussion Familienfrauen und berufstätige Mütter gegeneinander ausgespielt werden und ich finde es stossend, dass Fakten verdreht, Ängste und Neid geschürt werden. So kommen wir nie einen Schritt weiter. Was wir Eltern brauchen, ist eine konstruktive Diskussion - keinen parteipolitischen Hickhack. Fakt ist doch, dass alle die Situation für Familien verbessern wollen. Fakt ist auch, dass sich alle für Wahlfreiheit der Familienmodelle aussprechen. Also, warum ist es denn so schwierig, am selben Strick zu ziehen und sachlich zu diskutieren?

dquaderer@volksblatt.li

Die Prognosen sind düster: Initiative spaltet Land in zwei Lager

Kontrovers Die Initiative der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf», über die am 18. September abgestimmt wird, sorgt für heftige Diskussionen und spaltet das Land.

VON SILVIA BÖHLER

Die Familie hat seit jeher einen besonderen Stellenwert und auch in Liechtenstein hat die Familienförderung deshalb seit Jahrzehnten in jedem politischen Programm ihren Platz inne. Doch wirkliche Fortschritte mussten immer hart erkämpft werden. Denn die parteipolitischen Konzepte orientieren sich an unterschiedlichen Familienmodellen und es wird - weil es sich um grundsätzliche Weichenstellungen handelt - immer wieder polarisiert. So geschehen vor knapp acht Jahren, als die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) das Elterngeld einführen wollte und so auch aktuell, da es sich um die Abstimmung der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer dreht. Zweigeteilt wie die Initiative (Kita-Finanzierung und Mutterschaftstaggeld) scheint auch die Bevölkerung gespalten in Befürworter und Gegner der Vorlage. Und je näher der Tag der Abstimmung rückt, desto emotionaler werden die Diskussionen, Leserbriefe und Kommentare in den Sozialen Medien. Zur Erinnerung: Die Wirtschaftskammer hegt seit Langem den Wunsch, die Ausbezahlung der Tag-

gelder bei Mutterschaft neu zu regeln. Die KVG-Revision im vergangenen Jahr brachte die erhoffte Neuregelung jedoch nicht mit sich und auch in Bezug auf die geplante Finanzierung weiterer Kita-Plätze sah man sich seitens der Regierung benachteiligt. Mit der Initiative «Familie und Beruf» fordert die Kammer deshalb, dass das Krankentaggeld bei Mutterschaft sowie die Kita-Förderung in Zukunft von der Familienausgleichskasse (FAK) entrichtet werden soll. Zumal der Topf der FAK von den Arbeitgebern gespeist wird und mit satten 155 Millionen Franken prall gefüllt ist.

Rückendeckung erhält die Kammer von den drei Parteien FPB, Vaterländische Union (VU) und Freie Liste (FL) sowie dem Verein für Kindertagesstätten und der Informations- und Kontaktstelle für Frauen (Infra). Trotz einiger Mängel sprechen sie sich für die Initiative aus. Im Grossen und Ganzen gehe man einen Schritt in die richtige Richtung, Nachbesserungen seien immer möglich, lautet der Tenor. Widerstand gibt es hingegen von Tagesmüttern und Fürsprechern von Frauen, die zugunsten der Kindererziehung nicht berufstätig sind. Sie fühlen sich benachteiligt und wünschen ebenso mehr finanzielle Unterstützung seitens des Staates. Bestärkt werden sie von den DU-Politikern. Deren Äusserungen (Frauen und Familien werden diskriminiert, FAK-Gelder sollen ausschliesslich für Familien bestimmt sein usw.) sorgen für weitere Verwirrung und führen dazu, dass berufstätige Mütter und

Mütter, die sich ausschliesslich der Familienarbeit widmen, gegeneinander ausgespielt werden.

Eine Familie, zwei Einkommen

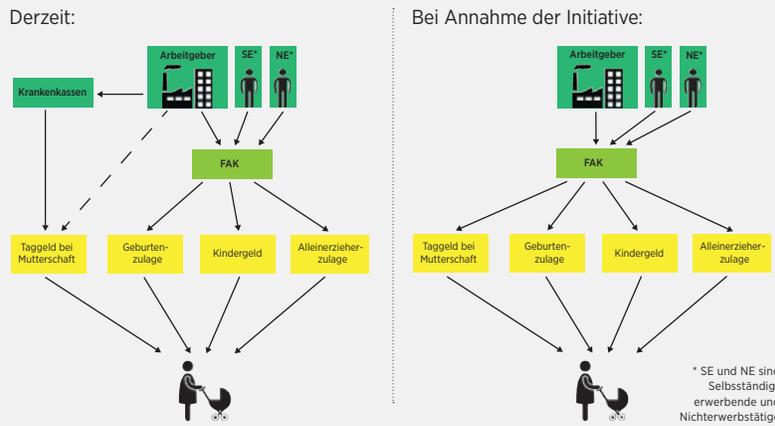
Längst gibt es nicht nur zwei, sondern viele unterschiedliche Familienmodelle mit unterschiedlichen Bedürfnissen, wie eine Interpellationsbeantwortung im April 2015 der Regierung zeigt. Zwar ist bei Familien mit Kindern die Ehe nach wie vor das dominierende Partnerschaftsmodell, bei den Erwerbsmodellen ist hingegen das einst vorherrschende «Alleinverdiener Mann» mit 31 Prozent der Fälle schon in der Minderheit. Es dominieren Modelle mit zwei Einkommen, welche in 63 Prozent der Haushalte mit Kindern gelebt werden. In Liechtenstein sind heute also meist beide Elternteile erwerbstätig. Meist arbeitet der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit, mit den unterschiedlichsten Arbeitspensens. Hinzu kommt ein erheblicher Anteil von alleinerziehenden Müttern und Vätern. Auch Erbprinz Alois bekräftigte in einem Interview gegenüber dem «Volksblatt», dass sich das Familienmodell in den vergangenen Jahrzehnten stark geändert hat. «Ich glaube auch, dass wir nicht zurück können zu dem alten Modell mit nur einem Ernährer, während der andere zu Hause bleibt und die Kindererziehung übernimmt», verdeutlichte das geschäftsführende Staatsoberhaupt. Es gilt also, die jeweiligen Bedürfnisse der Familien zu erkennen und die passende Unterstützung zu finden. So können etwa nicht alle Eltern bei

der Kinderbetreuung auf Grosseltern oder Nachbarn zurückgreifen. Die Nachfrage nach Kita-Plätzen ist seit Jahren grösser als das Angebot. Gemäss den Erhebungen des Amts für Soziale Dienste konnten im vergangenen Jahr 49 Kinder aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen werden. Der Verein für Kindertagesstätten, der grösste Anbieter im Land für ausserhäusliche Kinderbetreuung, rät den Frauen, sich bereits während der Schwangerschaft für einen Kita-Platz vormerken zu lassen. Eine Ausweitung sowie eine geregelte Finanzierung von Kita-Plätzen ist deshalb ein Bestandteil der Initiative «Familie und Beruf».

Schwangerschaft ist keine Krankheit

20 Wochen stehen einer Frau in Liechtenstein an Mutterschaftsgeld - oder wie im Volksmund bezeichnet «Mutterschaftsurlaub» - zu. In dieser Zeit besteht ein Anspruch auf Krankentaggeld. Zudem gibt es die Möglichkeit, einen unbezahlten Elternurlaub für vier Monate in Anspruch zu nehmen. Für die Unternehmen bedeutet die Schwangerschaft einer Arbeitnehmerin ein Ansteigen der Krankenkassenprämien und somit erhebliche Kosten. Immer wieder betont die Wirtschaftskammer deshalb «Schwangerschaft ist keine Krankheit» und fordert, dass auch die Mutterschaftstaggelder aus dem Topf der FAK bezahlt werden sollten. So könne auch eine Ausgrenzung von Frauen am Arbeitsmarkt verhindert werden. Doch wie es scheint, zeichnet sich bereits eine breite Ablehnung der Initiative ab.

Auswirkungen der Initiative: Mutterschaftstaggeld

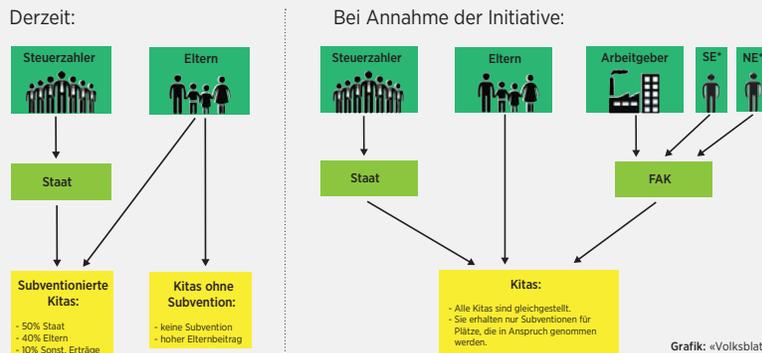


Mutterschaftstaggeld

Arbeitgeber sollen entlastet werden

Die Mutterschaft ist gesetzlich eine Krankheit gleichgestellt. Die Mutterschaftstaggelder werden deshalb von der Krankenkasse übernommen, woraus sich für die Unternehmen höhere Prämien ergeben. Ausserdem bezahlen einige Unternehmen den Lohnausfall bei Mutterschaft teilweise oder zur Gänze selbst (gestrichelte Linie). Die finanzielle Belastung der Unternehmen wird von der Wirtschaftskammer seit Jahren kritisiert. Der Entschädigungsanspruch von 20 Wochen Mutterschaftstaggeld soll deshalb in Zukunft nicht mehr von der Krankenkasse, sondern von der FAK entrichtet werden, welche zu 97 Prozent von den Einzahlungen der Unternehmen finanziert wird.

Auswirkungen der Initiative: Kita-Finanzierung



Kinderbetreuung

Finanzierung auf mehreren Schultern

Ein Kita-Platz kostet rund 120 Franken pro Tag. Weil der Bedarf an Kita-Plätzen immer grösser wurde und der Staat immer mehr Geld für die Subventionierung ausgeben musste, wurde im Jahr 2011 ein Subventionsstopp beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt gegründete Kitas erhalten bis heute keine Förderung. Mit der Neuregelung soll die Finanzierung auf mehrere Schultern aufgeteilt werden. Als neue Finanzierungsquelle sollen die Gelder aus der FAK dienen, ebenso sollen nach wie vor die Gemeinden und Eltern ihren Beitrag leisten.

Grafik: «Volksblatt»;
Bilder: SSI